

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1922 Nr. 112

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 215

Begrußpreis: monatlich 17.15.— ohne Zustellgebühr. Bestellungen nehmen sämtliche Postämter, Briefträger und unsere Anzeigenstellen entgegen.
Abend-Ausgabe
Anzeigenpreis: Die Sp. 14 mm wenn nicht anders angegeben 1.50 A. Die Sp. 10 mm wenn nicht anders angegeben 0.80 A. Neben nach Anst. erlöblichen Sätze.
Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 6409 und 6610. — Postfachkonto: Leipzig 20512.
Geschäftsstelle Berlin: Bernauer Str. 30. Fernruf Amt Kurier Nr. 4290. Gleise Berliner Schriftleitung. — Verlag v. Druck von Otto Hübte, Halle-Saale.
Dienstag, 7. März

Zwangsanleihe und Steuerkompromiß

Leitungsangler Dr. Birth hatte gestern eine Besprechung mit den Abgeordneten der Deutschen Volkspartei Dr. Stiefemann und Dr. Becker über die Frage des Steuerkompromisses. Dr. Birth stellte dabei der „Zeit“ folgende in Aussicht, daß er vielmehr zum Mittweg eine Einbindung an alle am Kompromiß beteiligten Personen zu gemeinsamer Beratung ergeben lassen könnte. Wie die Berliner Blätter weiter erklären, besteht die Möglichkeit, die Arbeit des Steuerausschusses um Aufhebung zu bringen.

Zugegen war auch unter den Sonderberichterstatter: Man rechnet bei der Beratung der Steuerverträge in Wien am bereits am Donnerstag mit Schwierigkeiten, da die Reichsparteien einer Verabschiedung bestimmter Einzelverträge ohne Kenntnis des Kompromisses sich widersetzen werden. Bis Donnerstag dürfen keine Kompromiß-Verhandlungen stattfinden.

Gestern nachmittag wählte der Reichstag den Reichsverband der Industrie, der Landwirtschaft, des Großhandels und des Handels im Reichsfinanzministerium, um über die Frage der Zwangsanleihe gehört zu werden. Reichsfinanzminister Dr. Hermes, der die Herren zu sich gebeten hatte, war in letzter Stunde verhindert worden, die Verhandlungen zu führen. Er wurde von den Staatssekretären Schröder und Jans vertreten. Den Reichsministern der deutschen Wirtschaft wurden bestimmte Fragen vorgelegt. Sie machten die verschiedenen Bedenken geltend gegen die Art der Erhebung der Zwangsanleihe. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Ein bestimmtes Ergebnis haben die Verhandlungen bisher nicht gebracht.

Reichsminister Dr. Hermes hat laut „D. N. Z.“ zu Donnerstag nachmittag die Generalkonferenz der Reichsminister zu einer besonderen Besprechung über die Zwangsanleihe eingeladen. Er hat zu dieser Besprechung den Vertretern einen Fragebogen überreicht, dessen wichtigste Fragen lauten: Welcher Vermögensfall soll den Maßstab für die Höhe der Besteuerung an der Zwangsanleihe bilden? Soll der Vermögensfall vom 31. Dezember 1922 als Maßstab angenommen werden? Wann und wo sollen die Einzahlungen erfolgen? Würde, wenn die Anleihe nach dem Stande vom 31. Dezember 1922 bemessen wird, der Auszahlung auf Grund von Selbstverschöpfung, die jeder im Laufe des Jahres 1922 vorzunehmen hätte, erfolgen können? Könnte die Kassenveranlagung neben der Selbstverschöpfung als Bemessung für die Grundgröße der Höhe der Vorauszahlungen benutzt werden? Welcher Zinssatz soll vom vierten Jahre ab gemährt werden?

Aus dem Reichstage erfahren wir: Der preussische Finanzminister Dr. Hermes ist der Ansicht, daß die gegen Steuerfragen der nächsten Wochen die ganze Reichsversammlung einmündig nehmen werden und er hat gebeten, das Finanzministerium definitiv zu befehlen. Wie es heißt, will der Kanzler Dr. Hermes definitiv mit dem Amt als Finanzminister leichten, da er sich hierzu bereits für das Steuerkompromiß bereit erklärt hat. Hermes ist am 1. April in den Reichstag abgehen.

Der Etat des Auswärtigen

Am Hauptausfluß des Reichstages wurde die Etatsberatung über die Reichsmarine erledigt und damit die des gesamten Reichsministeriums beendigt. Es folgte die Beratung des Haushaltsplans für das auswärtige Amt. Als Berichterstatter referierte Abg. Dr. Goebbels (DnL) über den Etat. Er sprach ausführlich über den auswärtigen Amt den Hauptausfluß überreichen Denkschriften über das Verfassungssystem der im Ausland beschäftigten Beamten, das sich auf einen sorgfältig durchgeführten Berechnungsmodus aufbaue. Bezüglich der Auslandsvertretungen war der Redner der Ansicht, daß das Konsulat in St. Gallen aus Sparmaßnahmeständen getrieben werden könne, ebenso die Gesandtschaften in Lissabon und in Havana. Vielleicht wäre auch die Verlegung der Gesandtschaft in Genéve in Betracht zu ziehen. Die Verlegung der konsularischen und konsularischen Stellen habe namentlich bei kaufmännischen Stellen Bedenken erregt. Am wichtigsten sei nach wie vor die Verlegung der Volkspartei in Washington. Was die Unterbringung der Volkspartei in Bonn betreffe, so könnte man die räumlichen Verhältnisse als unzureichend bezeichnen. Aber das sei eine Frage der deutsch-italienischen Beziehungen, die einseitig dem Auswärtigen Amt nicht gelöst werden könne. Allgemeine politische Auslassungen behielt sich der Redner noch vor.

Abg. v. Heinemann (D. N.) befragte die Einbringung eines ständigen Staatssekretärs, der in der Weise der beim parlamentarischen Regime normalerweise beschaffenden Minister den rühmlichen Ruf darstellend solle und damit Gewähr biete für die Ständigkeit der höheren Politik.

Ministerdirektor Grewitz vom Auswärtigen Amt betonte, daß bei Aufstellung des Haushaltsplans seitens des Auswärtigen Amtes mit der größten Sparmaßnahme vorgegangen sei. Die Frage bezüglich Bonnansatz sei endlich zu erörtern. Was die sogenannten „Wahlkreise“ im Auswärtigen Amt betreffe, so hätten von den jetzt im Amt befindlichen

36 vorzuziehenden Mäßen zum nicht die übliche diplomatische Vorbildung, von 42 Negationsräten trafe das gleiche bei 19 zu und in Auslandsposten bis zu den Gesandtschaftsräten hinauf seien ebenfalls 19 nach ihrer Vorbildung keine Berufsdiplomaten. Die Zahl sei also nicht unerheblich, und man könne den Reklamations der in ihrem Aufstieg sich gebremst fühlenden höheren Beamten der diplomatischen Laufbahn eine gewisse Berechtigung nicht abspreschen. Im Interesse einer arbeitstauglichen Vorkaufstellung sei es zu wünschen, daß der Aufstieg aller für den diplomatischen Beruf bestimmten Beamten den Möglichkeiten entsprechend gefördert werde, und deshalb sei eine Entlohnung von sogenannten „Jugendleistern“ nur dann erwünscht, wenn für die von den „Jugendleistern“ zu besetzenden Posten unter der Berufsdiplomatie geeignete Stellen nicht vorhanden wären. Was die Festlegung des Konsums in St. Gallen betreffe, so sei zu bedenken, daß dort die Einnahmen aus dem Papiersteck die Ausgaben des Konsums wieder einbrächten, so daß eine Aufhebung aus Ersparnisgründen nicht notwendig wäre. Nach kurzer Debatte vertagte sich der Ausschuss auf heute (Dienstag).

Am Steueransatz des Reichstages wurde weiter das Verträgeausflußverfahren behandelt. Gemäß einem Antrage Range-Geherrmann (Z) wurden die Verträge von Vieh aus kleinen Viehhaltungen namentlich Feuerfest gelassen, wenn die Verträgesumme 25 000 Mark nicht übersteigt (in erster Lesung 10 000 Mark), und wenn die Versicherung bei einem Versicherungsverein auf Gegenseitigen genommen ist. Im übrigen blieb es, abgesehen von zwei weiteren kleinen Änderungen, bei den Beschlüssen erster Lesung.

Das Beamteneheer des Reiches

Nach einer dem Reichstage ausgegangenen Denkschrift belästigt das Reich insgesamt 1 557 786 Beamte und Hilfskräfte, hiervon sind 748 352 planmäßige Beamte, 124 481 beamtete Hilfskräfte, 689 853 nichtbeamtete Hilfskräfte. Der Kostenaufwand für diese Kräfte beträgt jährlich 4 437 724 968 M. Auf die allgemeine Reichsverwaltung entfallen 88 704, auf die Betriebsverwaltungen 654 648 planmäßige Beamte, auf die allgemeine Verwaltung 10 061 beamtete und 72 353 nichtbeamtete Hilfskräfte, auf die Betriebsverwaltungen 124 481 beamtete und 689 953 nichtbeamtete Hilfskräfte. Interessant sind noch folgende Zahlen: Das Auswärtige Amt beschäftigt 3034, das Ministerium des Innern 4857, das Reichsfinanzministerium 12 900, das Reichsfinanzministerium 80 086, das Verkehrsministerium 998 084, die Reichspost 380 155 Köpfe.

Die Wirtschaftsausschüsse an die Beamten in besonders teuren Orten werden jetzt zur Auszahlung gelangen. In Pensionäre und Wartungsbezügler werden diese Beihilfen jedoch nicht gezahlt. Man will hier erörtern, andere Hilfsmittel auszuheben. Über die Auszahlung der Grundgehälter, die mit Wirkung vom 1. April geplant ist, werden die Vorarbeiten demnächst abgeschlossen werden, so daß die Vorlage noch vor Ostern im Reichstage beraten werden kann.

Am 3. März haben die fünf Jugendorganisationen Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund und Gewerkschaftsbund der Reichsregierung eine schriftliche Eingabe überreicht, in der mit Rücksicht auf die gewaltig fortschreitende Verengung der Wirtschaft Verhandlungen über eine angemessene Erhöhung der Grundgehälter und Grundlöhne des Personals der Reichs-, Staats- und Kommunalbetriebe gefordert wird. Laut „Vorm.“ hat die Reichsregierung den Verhandlungstermin mit den Organisationen auf Freitag, den 10. März, festgelegt. Zurzeit fanden in den beteiligten Verbänden Beratungen über die Höhe der zu stellenden Forderungen und das latente Zusammenarbeiten statt.

Die Parteien und die Reichspräsidentenwahl

Seitdem bisher eine Besprechung der Frage der Reichspräsidentenwahl stattgefunden hat, ist vorläufig nur festzustellen, daß die gegenwärtigen Regierungsparteien einen gemeinsamen Kandidaten für wünschenswert halten, den ein Kandidat der Reichsparteien gegenübersteht. Im allgemeinen haben die Parteien zunächst nicht die Absicht, die Frage ab besonders dringlich zu betrachten, da die Wahl frühestens im Herbst stattfinden könnte.

Die Auslieferungserregung des Kreuzercommandanten Graf Zudner bringt die nachdrückliche Anfrage der deutschen Nationalen Abgeordneten Philipp, Berndt und Gensel in Reichstag zur Sprache: Was einige Zeit hindurch ein französischer Soldat in Schwaben vertrieben über „Schwabenland“, der französischer Name und über französische Kultur. Diese Vorfälle waren in einem ausgesprochen deutschfeindlichen Sinne gehalten. Um eine Gegenwirkung herbeizuführen, haben deutschfreundliche Schwabenkreise den bekannten Kreuzercommandanten Graf Zudner zu einer Vortragreihe über seine Kreuzerfahrten im Jahre nach Schwaben ein. Zeitungsnotizen zufolge hat aber das auswärtige Amt dem Grafen Zudner die Auslieferungsbewilligung verweigert. Wie fragen daher die Reichsregierung, ob diese Bewilligung zurücktritt, und gegebenenfalls aus welchen Gründen die Erlaubnis zur Ausreise verweigert ist?

Deutschenhege im Baltikum

Zwischen Deutschland und Lettland sind Anfang dieses Jahres in Riga und in Berlin die Verhandlungen über ein Wirtschaftsvertragsabkommen aufgenommen worden, die von den Letten mit der Entschädigungsfrage verknüpft wurden. In Deutschland lehnt man diese Verknüpfung zweier Materien, die miteinander nichts zu tun haben, grundsätzlich ab. In der Frage selbst stehen sich zwei Ansichten scharf gegenüber: die Letten verlangen Wegnahme sämtlicher Schäden seit dem Tage, wo die deutschen Truppen Lantland besetzten, sehen sich also als Rechtsnachfolger Russlands an, während Deutschland den allein möglichen Schuldpunkt einnimmt, daß die Entschädigung erst seit November 1918 zu zahlen ist, seitdem ein lettändischer Staat besteht, und eine Verrechnung für all die großen Anforderungen im Jahre zu erfolgen hat. In Deutschland hat man den ersten Standpunkt mit dem Handfester, hier also in Sonderheit mit Lettland, eine wirtschaftliche Beziehung zu treten und hofft, daß Lettland dieselben Wünsche hat. Ist es doch wirtschaftlich durchaus aus das benachteiligte Deutschland angeht.

Um so peinlicher ist man bei uns daher davon berührt, daß in einer Zeit, in der die nationalen Belange von so großer Bedeutung sind und die Frage des Loses der Auslandsdeutschen im Reich mit steigender Anteilnahme verfolgt wird, in den Randstaaten und wiederum in erster Reihe in Lettland, eine Deutschenhege eingeleitet hat, die auf eine Verdrängung und Vernichtung des baltischen Deutschtums als seiner alten Heimat offen hinausläuft. Was es formell noch so richtig sein, daß das Innere fremder Staaten nicht die Zustände, daß Lettland von Nachbarn einer Weile, aber wenigstens einen Einfluß hat, bezwinge. Die Verhandlungen von Angehörigen eines 80-Millionenvolkes gestalten, muß eine Atmosphäre des Mißtrauens und der Abneigung schaffen, die nicht ohne ernste Mißwirkung auf die wirtschaftspolitischen Beziehungen bleiben kann. Das sollte man in den baltischen Randstaaten flüchtig im Auge behalten!

Leider ist davon zurzeit nichts zu hören. Am 11. Januar behandelte der Rat des Völkerverbundes in Genéve die Frage der Winderbehalten in Lettland, Estland und Litauen. Es wurde den drei Staaten vorgeschrieben, innerhalb sechs Monaten eine gemeinsame Deklaration über den Winderbehalten anzuhängen, was nicht leicht sein dürfte, da die Lage in den drei Staaten zurzeit recht verschieden ist. Bezeichnend war, daß der lettändische und estländische Vertreter vor dem Rat sofortige Erklärungen abgaben, daß in ihren Staaten die Regierungen sich „mit größtem Wohlwollen“ den Winderbehalten gegenüber verhalten, ja daß, wie ein Est behauptete, die Rechte der baltischen Winderbehalten voll und ganz durch das Grundgesetz, die Beschlüsse des Parlaments und Regierungsvorordnungen geschützt seien.“

Diese amtlichen Erklärungen entsprechen in keinem Sinne den Tatsachen, weder den materiellen, noch den formalen.

Diesen Vorfahrungen gegenüber ist es notwendig, in kurzen Zügen die tatsächliche Lage des nach freier Erörterung rühmenden baltischen Deutschtums festzustellen.

1. Die „Agrarreform“. Unter dem Namen einer sozialen Reform, der Anhebung ländlicher und einfacher Kleinbauern, in Wahrheit aus politisch-nationalistischer Gründen wurde in beiden Randstaaten eine bedingungslose Enteignung der deutschen Gutsbesitzer beschlossen, ihnen nicht nur das sofort zur Verteilung unter Anwärter nötige Land genommen, sondern der gesamte Landbesitz den staatlichen Landkommissionen unterstellt. Der Gutsbesitzer ist zum Bettler gemacht, dem baltischen Deutschtum das wirtschaftliche Rückgrat gebrochen worden. Das war auch der Zweck der „Reform“, die in ihren Auswirkungen aber das ganze Land in die schwerste wirtschaftliche Notlage gebracht und seine Kauf- und Kreditverkehr fürchtbar in Mitleidenschaft gezogen hat. Man hat alle Kultur zerstört, ohne eine bessere zu können. Die staatliche Verwaltung des Landbesitzes ist eine Quelle beispielloser Korruption der Beamten geworden, die nur ihre Bereicherung und die ihrer Angehörigen und „Freunde“ betreiben. Zwar ist man sowohl in Lettland wie in Estland in den gemäßigten Kreisen über die trostlosen Resultate der „Reform“ allmählich zur Erkenntnis gekommen, aber ein Zurück ist bei dem Grad der radikalen sozialdemokratischen Elemente, die an Chauvinismus den bürgerlichen nichts nachgeben, nicht zu denken.

2. Die „Autonomie der Winderbehalten“. In Lettland besteht eine solche nach dem Gesetz. Sie ist von den Deutschen mit vorbildlichem Eifer ausgebaut worden. Das dumme Eingreifen der lettischen Regierung namentlich in die Schulgebührenfrage und Schikanen aller Art machen trotz der bewundernswürdigen Opferwilligkeit der Balten in Lettland zu einer sehr schwierigen und die zunehmende Verarmung der Deutschen erfüllt mit großen Sorgen, wie lange es möglich sein wird die Willkoren, die

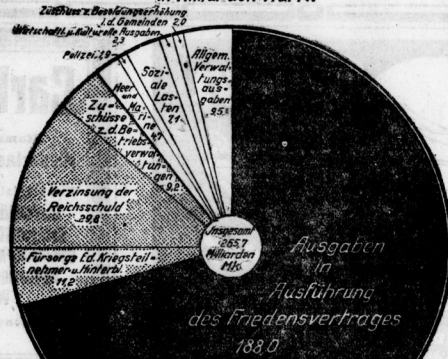
1922
112
113
114
115
116
117
118
119
120
121
122
123
124
125
126
127
128
129
130
131
132
133
134
135
136
137
138
139
140
141
142
143
144
145
146
147
148
149
150
151
152
153
154
155
156
157
158
159
160
161
162
163
164
165
166
167
168
169
170
171
172
173
174
175
176
177
178
179
180
181
182
183
184
185
186
187
188
189
190
191
192
193
194
195
196
197
198
199
200
201
202
203
204
205
206
207
208
209
210
211
212
213
214
215
216
217
218
219
220
221
222
223
224
225
226
227
228
229
230
231
232
233
234
235
236
237
238
239
240
241
242
243
244
245
246
247
248
249
250
251
252
253
254
255
256
257
258
259
260
261
262
263
264
265
266
267
268
269
270
271
272
273
274
275
276
277
278
279
280
281
282
283
284
285
286
287
288
289
290
291
292
293
294
295
296
297
298
299
300
301
302
303
304
305
306
307
308
309
310
311
312
313
314
315
316
317
318
319
320
321
322
323
324
325
326
327
328
329
330
331
332
333
334
335
336
337
338
339
340
341
342
343
344
345
346
347
348
349
350
351
352
353
354
355
356
357
358
359
360
361
362
363
364
365
366
367
368
369
370
371
372
373
374
375
376
377
378
379
380
381
382
383
384
385
386
387
388
389
390
391
392
393
394
395
396
397
398
399
400
401
402
403
404
405
406
407
408
409
410
411
412
413
414
415
416
417
418
419
420
421
422
423
424
425
426
427
428
429
430
431
432
433
434
435
436
437
438
439
440
441
442
443
444
445
446
447
448
449
450
451
452
453
454
455
456
457
458
459
460
461
462
463
464
465
466
467
468
469
470
471
472
473
474
475
476
477
478
479
480
481
482
483
484
485
486
487
488
489
490
491
492
493
494
495
496
497
498
499
500

Der Reichshaushalt 1922

Wir haben bereits in unserer Ausgabe vom 21. Februar unter der Überschrift: „Der Reichshaushalt 1922“ eine Lebens- über den Reichshaushalt 1922 gegeben. Dieser Haushalt ist zum erstmaligen nach sachlichen Gesichtspunkten unterteilt, und zwar in den Haushalt der allgemeinen Reichsverwaltung, den eigentlichen Reichshaushalt, den Haushalt der Betriebsverwaltungen (Eisenbahn- und Seefahrtswirtschaft, Reichsbank und Reichspost) und in den Haushalt der Ausführung des Kriegsertrages.

haupte, die hierfür angelegten Summen seien zu hoch und teilweise sogar überflüssig. Die graphische Darstellung zeigt deutlich, daß diese Ausgaben fast gar nicht im Gesamtbild fallen. Wenn wir die Ausgaben im Reichshaushalt vor dem Kriege in ähnlicher Weise betrachten, wie es jetzt geschehen ist, so ergibt sich folgendes Verhältnis: Ausgaben für Ausrüstung 46,3 v. H., Ausgaben für Betriebsverwaltungen 23,7 v. H., Ausgaben für See- und Marine 30 v. H. (1909). Entwertet man die Ausgaben für See- und Marine nur um wenige Hundertteile erhöht,

Gesamtausgaben des Reichs 1922 in Milliarden Mark.



so würden wir heute nicht die Stimmen aufzuführen haben, die der schwere und der punktierte Kreislauf entgegenstehen. Der schwere Kreislauf würde überdaupt gar fortfallen und die Teile des punktierten und weißen Kreislaufes würden sich vergrößern können.

bis 50 Prozent, bereinigt auf bis zu 80 Prozent, der Raubritze, die Oberlots und Löbe aber um 100 Prozent. Das Geschäft ist ziemlich ruhig. Renten zum Teil unbenutzt. Devisen nach schwachem Vormittagsverkehr befreit, aber ziemlich schwach. Im 10 Uhr vormittags löst man den Devisenmarkt etwas in eine mehr mittige Notiz. Der Tagmarkt aber lag eine beträchtliche Steigerung (New-York 258,25).

* Weitere Neugänge von 6 März: Leipziger Mtg. Creditanleihe 12% bez., Creditanleihe Papier 515 G.

Table titled 'Vorkurse der Berliner Börse' showing various stock market indices and prices. Columns include names of companies or indices, their current price, and a percentage change.

Table titled 'Devisen-Vorkurse' showing exchange rates for various international locations. Columns include location names, the date (7.3.22), and the corresponding exchange rate.

Table titled 'Halleische Notierungen, Halle a. S. 7. März 1922' listing local market prices for various commodities and goods. Columns include item names and their respective prices.

Dollar 256,75 nach 258,23

Bergbau
* **Wein-Ges.-Anst.** Die Generalversammlung der Wein-Gesellschaft Bergwerks-M.G. letzte die Dividende mit 20 Prozent fest. Die verschiedenen Abteilungen wurden durch den Vorsitzenden des neuen Aufsichtsrates haben einen großen Verlust ergeben infolge der im Vergleich zu den Vorjahreungen zu spät eingeleiteten Kohlenpreiserhöhung. Heber die Ausgaben nach nicht abgedeckt werden. Die Deutsche Bergwerks- und Bergbau-Gesellschaft in Dillenburg, die letzte die Dividende auf 20 Prozent fest. Heber die Geschäftslage wurde nicht berichtet. Der Dörmner Verein für Bergbau und Stahlindustrie letzte die Dividende auf 20 Prozent fest. Auch hier wurden keine Mitteilungen über die Vermögenslage gemacht.

folgend. Wie wir bereits, ist das Unternehmen jetzt gut bedingt und noch für längere Zeit mit Aufträgen versehen. Die Actia-Cement-Fabrik A.G. will eine Kapitalerhöhung um 9 Mill. M. vornehmen. Die Leipziger Südbühnen-Ges. vorm. Gustav Bräutigam, Leipzig (Eigener Drahtbetrieb). Der Aufsichtsrat beschloß, daß der 30. März eingeleitete Generalversammlung für das Geschäftsjahr 1921/22 die Verteilung einer Dividende von 25 Prozent vorzuschlagen. Der Geschäftsgang des dem Unternehmen sei nach wie vor günstig.

Handel und Verkehr
* Die Leipziger Meffe. Der zweite Meßtag brachte einen Misserfolg, wie er in diesem Umfang in den ersten Meßtagen noch niemals beobachtet worden ist. Die Wohnungsmenge wurde trotzdem restlos abgesetzt. In geschäftlichen Hinsicht waren am Montagmittag bereits über 120 000 Ausgaben. Der Reichsamt mit Ausnahme der weichen Rohstoffe war auf. Der ausstehende Meßtag greift außerordentlich lebhaft in das Geschäft ein, denn auch die Nachfragefrage oft hemmend wirkt. Sehr lebhaft ist das Geschäft auf der Textilmeffe, wo teilweise keine Nachfrage mehr berechnungen werden. Auf der Baumwollmeffe und der Wollemeffe als auch bezüglich, auf der Reichsmeffe hauptsächlich in der Westfabrik. Am Montagmorgen ist das Geschäft ebenfalls lebhaft. Die offizielle Vertreter der russischen Regierung sind außer der russischen Handelsdelegation noch drei weitere Herren hier eingetroffen. Es sind sehr große Russen und Zinnschmelzwerke abgesetzt. In seine Stelle wurde in die einzelnen Maschinenarten auf Millionen belaufen.

Industrie

Zum Kampf um die Zuckerraffinerie
Das Verwaltungskomitee der Zuckerraffinerie Halle und umgeben: Auf Grund der von einer Anzahl Aktionäre rechtzeitig eingereichten Anfechtungsklagen ist die Beschlüsse der am 6. Februar stattgefundenen Generalversammlung nicht rechtskräftig geworden. Es fand nicht statt, daß das Sondergericht Halle bei dieser Gelegenheit durch einstufige Verfügung angeordnet hat, die Ausführung dieser Beschlüsse bis zur Beendigung des Anfechtungsprozesses auszusetzen. Mit dieser Maßnahme hat die Verwaltung von vornherein zugestimmt. Wie schon vor einigen Tagen gemeldet wurde, beschloß die Verwaltung die Einberufung einer neuen Generalversammlung unter Überhebung der gesamten Tagesordnung vom 6. Februar. Da inzwischen die Anfechtungsklagen der Aktionäre in der Verwaltung des Reichs übertragen ist, unterliegt es nicht dem geringsten Zweifel, daß die Beschlüsse in dieser neuen Versammlung mit überwiegender Mehrheit nach den Interessen der Verwaltung gefaßt werden.

* **Schichtweise für Zement.** Nach einer Bekanntmachung des Reichskommissars für Zement vom 2. März werden mit Wirkung vom 4. März infolge der Steigerung der Kohlenpreise, Abschaffung und Abschneidung die Preise für Zement und zwar gelten für Lieferungen an private Abnehmer folgende Preise: Zement der Hiltnerwerke im Gebiet des norddeutschen Zementverbandes 6282 M. (früher 6582), des sächsisch-westfälischen Zementverbandes 6042 M. (früher 6242), des sächsisch-westfälischen Zementverbandes 6480 M. (früher 6780). Für direkte Lieferungen an die Zementverarbeiter für Handelszwecke sind folgende Preise festgesetzt: Norddeutscher Zement 6212 M. (früher 6512), Rheinisch-westfälischer Zement 6872 M. (früher 6172), Sächsisch-westfälischer Zement 6872 M. (früher 6600).

Wochenmarkt in Halle.
Nach unseren Notierungen wurden am Dienstag im Durchschnitt bezahlt: Weizen 3000-3100, Roggen 2800-2900, Gerste 2600-2700, Hafer 2400-2500, Erbsen 3000-3100, Bohnen 3200-3300, Linsen 3400-3500, Malt 3600-3700, Weizenmehl 1. Std. 1.20-1.30, Weizenmehl 2. Std. 1.10-1.20, Roggenmehl 1. Std. 1.10-1.20, Roggenmehl 2. Std. 1.00-1.10, Hafermehl 1. Std. 1.00-1.10, Hafermehl 2. Std. 0.90-1.00, Erbsenmehl 1. Std. 1.20-1.30, Erbsenmehl 2. Std. 1.10-1.20, Bohnenmehl 1. Std. 1.40-1.50, Bohnenmehl 2. Std. 1.30-1.40, Linsenmehl 1. Std. 1.60-1.70, Linsenmehl 2. Std. 1.50-1.60, Maltmehl 1. Std. 1.80-1.90, Maltmehl 2. Std. 1.70-1.80.

Mittags-Börsendienst der „H. Z.“

Berlin, den 7. März 1922.
w. **Warenbericht.** Fortgesetzt Delegationen, die mit der allgemeinen Unübersicht in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht und dem Rückgang weiterer inflationärer Erwartungen erfüllt werden. Bewiesen ist unbedeutender Ausnahmehaus ist allgemeine Senkung des Marktwertes um 80

Table titled 'Bericht der Preisprüfungs-Kommission vom 6. März 1922' showing price adjustments for various goods. Columns include item names, current prices, and adjusted prices.

Table titled 'Wochenmarkt in Halle' showing weekly market prices for various commodities. Columns include item names, current prices, and adjusted prices.

Table titled 'Wetterbericht' showing weather forecasts and reports for various regions. Columns include location names and weather conditions.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-17113370-16872166X192203072-1/fragment/page=0003

